Erläuternde Bemerkungen

zum Entwurf eines Gesetzes über die Landesgedächtnisstiftung (Tiroler Landesgedächtnisstiftungsgesetz 2025)

I.

Allgemeines

A.

Die grundlegenden Regelungen betreffend die derzeit bestehende Landesgedächtnisstiftung finden sich im Wesentlichen im Tiroler Landesgedächtnisstiftungsgesetz, LGBl. Nr. 37/2019, in dem vom Kuratorium der Landesgedächtnisstiftung beschlossenen und von der Tiroler Landesregierung genehmigten Stiftbrief sowie in der privatrechtlichen Willenserklärung der Landesregierung als Stifterin, ein bestimmtes Vermögen für bestimmte Zwecke zu widmen (Stiftungsurkunde). Im Sinn der Rechtssicherheit und um bestehende Regelungslücken zu schließen, soll mit dem vorliegenden Gesetz die Landesgedächtnisstiftung gesetzlich neu eingerichtet werden. Sämtliche Rechte und Pflichten der bestehenden Landesgedächtnisstiftung sollen auf die neue, gesetzlich eingerichtete Landesgedächtnisstiftung übertragen und die bestehende Landesgedächtnisstiftung aufgelöst werden. Die im vorliegenden Gesetzentwurf vorgeschlagenen Regelungen orientieren sich dabei – soweit möglich – an den bestehenden Rechtsgrundlagen und werden – soweit aus rechtlichen oder aktuellen Erfordernissen notwendig – teilweise ergänzt und angepasst.

B.

Die Zuständigkeit des Landesgesetzgebers zur Erlassung eines dem vorliegenden Entwurf entsprechenden Gesetzes ergibt sich aus Art. 15 B-VG.

C.

Mit der Erlassung des vorliegenden Gesetzentwurfs ist kein nennenswerter finanzieller Mehraufwand für das Land Tirol zu erwarten. Der Personalaufwand der Landesgedächtnisstiftung wird wie bisher von dieser an das Land Tirol refundiert; die für die Geschäftsstelle notwendige Infrastruktur sowie Beratungsleistungen von Organisationseinheiten des Amtes der Landesregierung stellt das Land Tirol – wie bisher – der Landesgedächtnisstiftung zur Verfügung. Der von den Gemeinden jährlich zu leistende Beitrag ist durch Verordnung der Landesregierung festgelegt und (vorläufig) bis zum Ablauf des Jahres 2034 befristet.

II.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 1 (Einrichtung, Gedächtnistag):

Mit dem vorliegenden Gesetz soll die Landesgedächtnisstiftung gesetzlich neu eingerichtet werden (Abs. 1). Damit unterliegt die neue Landesgedächtnisstiftung nicht dem Tiroler Stiftungs- und Fondsgesetz, welches nach seinem § 1 Abs. 1 ausschließlich für Stiftungen und Fonds gilt, die durch privatrechtliche Erklärung eines Stifters gewidmetes Vermögen darstellen. Die Landesgedächtnisstiftung dient ausschließlich der Förderung gemeinnütziger Zwecke im Sinn der §§ 34 ff der Bundesabgabenordnung, die im § 3 Abs. 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs näher konkretisiert werden.

Als Gedächtnistag wird der 15. August festgelegt (Abs. 2).

Zu § 2 (Rechtspersönlichkeit, Sitz, Aufbringung und Verwendung der Mittel):

Die Landesgedächtnisstiftung ist selbständig, besitzt Rechtspersönlichkeit und ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Sie hat ihren Sitz in Innsbruck (Abs. 1).

Die Mittel der Landesgedächtnisstiftung setzen sich aus jährlichen Beiträgen des Landes und der Gemeinden und allfälligen sonstigen Zuwendungen, wie Spenden, zusammen. Die Aufnahme von Darlehen durch die Landesgedächtnisstiftung ist nicht zulässig (Abs. 2). Die jährlichen Beiträge der Gemeinden werden durch Verordnung der Landesregierung festgesetzt und müssen die im Abs. 3 zweiter

Satz festgelegten Erfordernisse erfüllen. Der jährliche Beitrag des Landes setzt sich aus der Summe der Beiträge aller Gemeinden zusammen (Abs. 4). Die jährlichen Beiträge der Gemeinden sind vom Geschäftsführer bis zum 1. Juli eines jeden Jahres einzuheben (Abs. 5, § 9 Abs. 1 lit. i). Die Landesgedächtnisstiftung darf die ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für die in § 3 Abs. 1 genannten Zwecke und die in § 4 Abs. 4 genannten Personal- und Sachaufwendungen verwenden.

Zu § 3 (Zweck, Siegel):

Im § 3 werden die konkreten Zwecke der Landesgedächtnisstiftung festgelegt (Abs. 1). Die Erhaltung der Hofkirche (Abs. 1 lit. b) umfasst auch die Erhaltung der darin befindlichen Orgeln. Zudem wird festgelegt, dass die Landesgedächtnisstiftung berechtigt ist, in ihrem Siegel das Landeswappen zu führen (Abs. 2).

Zu § 4 (Organe, Geschäftsstelle):

Der Abs. 1 bezeichnet die Organe der Landesgedächtnisstiftung (Kuratorium, Vorsitzender des Kuratoriums, Geschäftsführer und Stipendienausschuss).

Die Geschäftsstelle der Landesgedächtnisstiftung soll entsprechend den Regelungen zum Tiroler Bodenfonds (§ 105 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022, LGBl. Nr. 43/2022, in der jeweils geltenden Fassung) und dem Landeskulturfonds (§ 5 des Gesetzes über den Landeskulturfonds, LGBl. Nr. 65/2005, in der jeweils geltenden Fassung) nicht im Amt eingegliedert sein; vielmehr sollen Landesbedienstete mit ihrer Zustimmung unter Wahrung ihrer Rechte und Pflichten als Landesbedienstete nach Anhören des Vorsitzenden und des Geschäftsführers der Landesgedächtnisstiftung zur Dienstleistung zugewiesen werden können (Abs. 2). Der Geschäftsführer ist Dienststellenleiter und als solcher Vorgesetzter dieser Landesbediensteten (Abs. 3).

Die Landesgedächtnisstiftung hat ihre Personal- und Sachaufwendungen selbst zu tragen und die dem Land Tirol aufgrund der Zuweisung nach Abs. 2 entstandenen Aufwendungen zu ersetzen. Das Land Tirol hat der Landesgedächtnisstiftung als Gegenleistung für die von der Landesgedächtnisstiftung für das Land Tirol erbrachten Leistungen die zur Besorgung ihrer Aufgaben erforderliche Infrastruktur, wie Büroräumlichkeiten, EDV-Ausstattung, Büromaterial und dergleichen sowie allfällige Beratungsleistungen durch Organisationseinheiten des Amtes der Tiroler Landesregierung unentgeltlich bereitzustellen (Abs. 4).

Zu § 5 (Kuratorium):

Diese Bestimmung enthält Regelungen über die Mitglieder des Kuratoriums (Abs. 1), deren Bestellung durch die Landesregierung (Abs. 2 und 5), deren Vertretung (Abs. 4), die Bestellung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters (Abs. 3 und 5) und die Vertretung des Vorsitzenden (Abs. 4) sowie über das vorzeitige Ausscheiden der Mitglieder und Ersatzmitglieder (Abs. 6 bis 9).

Zu § 6 (Aufgaben und Geschäftsgang des Kuratoriums):

Der Abs. 1 zählt jene Aufgaben der Landesgedächtnisstiftung auf, die eine Beschlussfassung des Kuratoriums erfordern. Nach Abs. 2 kann das Kuratorium den Stipendienausschuss zur Entscheidung über im Einzelnen zu bezeichnende Förderansuchen ermächtigen, wobei dessen Entscheidung stets im Rahmen der vom Kuratorium beschlossenen maximalen Förderhöhe zu erfolgen hat. Der Abs. 3 legt den zeitlichen Rahmen für die Beschlussfassung über Rechnungsabschluss und Tätigkeitsbericht fest und sieht eine externe Prüfung des Rechnungsabschlusses vor. Die weiteren Absätze enthalten Bestimmungen über die Einberufung (Abs. 4), die Beschlussfähigkeit (Abs. 5) und das Konsensquorum (Abs. 6 und 8) sowie eine Regelung zur Stimmenthaltung und das Dirimierungsrecht des Vorsitzenden (Abs. 6). Weiters werden Regelungen über die Enthaltung der Ausübung des Amtes durch die Kuratoriumsmitglieder (Abs. 8), die mögliche Beschlussfassung im Umlaufweg (Abs. 9) und die Möglichkeit der Abhaltung von Sitzungen in Form einer Videokonferenz (Abs. 10) getroffen. Der Abs. 11 enthält eine Aufzählung der Mindestinhalte, die in der Geschäftsordnung der Landesgedächtnisstiftung zu regeln sind.

Zu § 7 (Aufgaben des Vorsitzenden des Kuratoriums):

Der Abs. 1 enthält eine beispielhafte Aufzählung der Aufgaben des Vorsitzenden des Kuratoriums. Der Abs. 2 normiert die Befugnis des Vorsitzenden, den Geschäftsführer zur Vornahme von im Einzelnen zu bezeichnenden, außenwirksamen Vertretungshandlungen zu ermächtigen.

Zu § 8 (Geschäftsführer):

Der Abs. 1 regelt die Bestellung des Geschäftsführers. Zu beachten sind in diesem Zusammenhang zudem die mit Beschluss der Landesregierung vom 12. Juni 2012, geändert mit Beschluss vom 14. Juni 2016, erlassenen Richtlinien für Dienstverträge von Managerinnen und Managern landeseigener oder landesnaher Gesellschaften und Einrichtungen.

Der Abs. 2 regelt das vorzeitige Enden der Funktion des Geschäftsführers durch Widerruf der Bestellung oder durch Verzicht und normiert die sinngemäße Geltung der entsprechenden Bestimmungen über den Widerruf der Bestellung zum Mitglied oder Ersatzmitglied des Kuratoriums und den Verzicht auf die Mitgliedschaft oder Ersatzmitgliedschaft. Klargestellt wird an dieser Stelle, dass der Geschäftsführer den Verzicht dem Kuratorium gegenüber zu erklären hat und dieses auch für den Widerruf seiner Bestellung zuständig ist.

Der Abs. 3 sieht die Möglichkeit der Bestellung eines Stellvertreters des Geschäftsführers vor.

Zu § 9 (Aufgaben des Geschäftsführers):

Der Abs. 1 regelt die Aufgaben des Geschäftsführers. Der Abs. 2 normiert die Gebundenheit des Geschäftsführers an die Weisungen des Vorsitzenden bei der Besorgung seiner Aufgaben; die Aufgaben sind in enger Abstimmung mit dem Vorsitzenden zu besorgen.

Zu § 10 (Stipendienausschuss):

Diese Bestimmung enthält Regelungen über die Einrichtung (Abs. 1) und die Mitglieder (Abs. 2) des Stipendienausschusses sowie über deren Bestellung (Abs. 3). Die Bestimmungen über die Vertretung, die Dauer der Bestellung und das vorzeitige Ausscheiden der Mitglieder des Kuratoriums sind für die Mitglieder des Stipendienausschusses sinngemäß anzuwenden (Abs. 4).

Zu § 11 (Aufgaben und Geschäftsgang des Stipendienausschusses):

Dem Stipendienausschuss kommt nach Abs. 1 die Entscheidung über jene Förderansuchen zu, die ihm vom Kuratorium nach § 6 Abs. 2 zur Entscheidung übertragen wurden, dies im Rahmen der vom Kuratorium beschlossenen maximalen Höhe der jeweiligen Förderung. Der Stipendienausschuss entscheidet somit, ob die beantragte Förderung gewährt wird und über die konkrete Höhe der jeweiligen Förderung.

Nach Abs. 2 ist der Stipendienausschuss nach Bedarf oder über schriftliches Verlangen von zumindest drei Mitgliedern einzuberufen. In der Regel entscheidet der Stipendienausschuss im Umlaufweg; § 6 Abs. 9 gilt daher mit der Maßgabe sinngemäß, dass für eine Beschlussfassung im Umlaufweg keine Dringlichkeit der zu beschließenden Angelegenheit erforderlich ist (Abs. 4).

Der Abs. 3 regelt das Präsenzquorum. Hinsichtlich des Konsensquorums ist § 6 Abs. 6 sinngemäß anzuwenden.

Zu § 12 (Förderungen):

Der Abs. 1 normiert, dass auf die Gewährung von Förderungen nach diesem Gesetz kein Rechtsanspruch besteht. Der Abs. 2 bestimmt, dass die näheren Bestimmungen für die Gewährung der Förderungen durch Richtlinien festzulegen sind und legt deren Inhalt fest.

Zu § 13 (Aufsicht):

§ 13 regelt die Aufsicht der Landesregierung über die Landesgedächtnisstiftung und enthält insbesondere nähere Regelungen über die Auskunftserteilung und die Einsichtnahme in Geschäftsstücke und Geschäftsbücher aus Anlass von erforderlichen Überprüfungen, sodass in konkreten Anlassfällen detaillierte Prüfungen durch die Aufsichtsbehörde vorgenommen werden können (Abs. 2) und über genehmigungspflichtige Geschäfte (Abs. 3). Der Aufsichtsbehörde steht erforderlichenfalls auch die Behebung von Beschlüssen offen (Abs. 4). Eine fortlaufende aufsichtsrechtliche Überprüfung der Landesgedächtnisstiftung ist nicht beabsichtigt, zumal durch die vorgesehene Prüfung des Jahresabschlusses eine externe Kontrolle erfolgt.

Zu § 14 (Verarbeitung personenbezogener Daten):

Diese Bestimmung regelt die Verarbeitung personenbezogener Daten iSd DSGVO.

Zu § 15 (Rechtsnachfolge, Rechtsübergang):

Nach Abs. 1 gehen mit dem Zeitpunkt der gesetzlichen Einrichtung der Landesgedächtnisstiftung sämtliche Rechte und Pflichten der bestehenden Landesgedächtnisstiftung auf die neue, gesetzlich eingerichtete Landesgedächtnisstiftung über. Die bestehende Landesgedächtnisstiftung ist mit diesem Zeitpunkt aufzulösen, insbesondere sind der mit Beschluss der Tiroler Landesregierung genehmigte Stiftungsbrief und die Stiftungsurkunde für rechtsunverbindlich zu erklären.

Der Abs. 2 enthält eine Übergangsbestimmung für die für die bestehende Landesgedächtnisstiftung bestellten Organe, deren Mitglieder und Ersatzmitglieder bis zum Ablauf der laufenden Legislaturperiode. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die neu zu bestellenden Organe, Mitglieder und Ersatzmitglieder zu nominieren. Im Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Organs, Mitglieds oder Ersatzmitglieds sind die Neubestellungen nach den Vorschriften dieses Gesetzes vorzunehmen.

Zu § 16 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten):

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes mit 1. Jänner 2026 (Abs. 1). Infolge der gesetzlichen Neuregelung der Landesgedächtnisstiftung ist das geltende Tiroler Landesgedächtnisstiftungsgesetz außer Kraft zu setzen (Abs. 2). Um ein gleichzeitiges Inkrafttreten von Verordnungen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zu ermöglichen, normiert Abs. 3, dass Verordnungen aufgrund dieses Gesetzes bereits von dem der Kundmachung dieses Gesetzes folgenden Tag an erlassen werden dürfen, wobei für deren Inkrafttreten eine Legisvakanz bis zum Inkrafttretenszeitpunkt dieses Gesetzes mit 1. Jänner 2026 vorzusehen ist.